

## A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	Mehrere Fraktionen
<b>Eingang</b>	28.11.2023
<b>Federführend</b>	GB 4, Abt.4/1

Beratungsfolge:

öffentlich

nichtöffentlich

Bezirksausschuss III – Siegen-Ost

25.01.2024

Betreff:

**30 km/h im Bereich der Grundschule Kaan-Marienborn  
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, B'90/Grüne, Die Linke, Volt**

Rathaus Siegen  
Herrn Bürgermeister Steffen Mues  
Herrn Johannes Tigges, Vorsitzender Bezirksausschuss III - Siegen-Ost  
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
28. Nov. 2023	
OB	PR
Alt. 4 411	INSTITUTE

Siegen, 17. November 2023

**Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses III - Siegen-Ost**

Ø 514

**Betreff: 30 km/h im Bereich der Grundschule Kaan-Marienborn**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Sehr geehrter Herr Tigges,

die Hauptstraße L719 ist eine stark frequentierte Durchfahrtsstraße, die unmittelbar an der Grundschule Kaan-Marienborn vorbeiführt. Aus diesem Grund bitten wir darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der oben genannten Sitzung zu stellen.

**Beschlussvorschlag:**

Der BZA-Ost beauftragt die Arbeitskommission des Verkehrsausschusses über eine auf die Schulzeit begrenzte Geschwindigkeitsreduzierung auf der Hauptstraße L719 im Bereich der Grundschule Kaan Marienborn zu beraten.

**Begründung:**

Die Hauptstraße L719 ist eine bedeutende Durchfahrtsstraße, die eine hohe Verkehrsdichte aufweist. Besonders kritisch ist, dass diese Straße unmittelbar an der Grundschule Kaan-Marienborn vorbeiführt. Die Sicherheit der Schulkinder sowie der anderen Fußgänger in diesem Bereich ist von größter Bedeutung und muss prioritär behandelt werden. Die hohe Frequenz und Geschwindigkeit des Verkehrs auf der L719 birgt ein erhebliches Risiko für Unfälle, insbesondere in den Stoßzeiten, wenn Kinder die Schule betreten oder verlassen. Eine Reduzierung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in diesem Abschnitt würde das Risiko von Verkehrsunfällen signifikant verringern. Eine niedrigere Geschwindigkeitsbegrenzung ermöglicht Fahrern eine bessere Reaktionszeit, was besonders in Bereichen mit hohem Fußgängeraufkommen entscheidend ist.

Darüber hinaus würde diese Maßnahme eine ruhigere und sicherere Umgebung für die Schulkinder schaffen, was wiederum die Angst von Eltern und Lehrern um die Sicherheit der Kinder verringert. Dies steht auch im Einklang mit den Bestrebungen vieler Gemeinden, Schulbereiche sicherer zu gestalten und das Bewusstsein für die Bedeutung von Verkehrssicherheit in der Nähe von Schulen zu schärfen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. M. Klein  
Frak.-Vors. CDU

gez. D. Rujanski  
Frak.-Vors. SPD

gez. M. Groß  
Frak.-Vors. Grüne

gez. H. Klein  
Frak.-Vors. Linke

gez. S. Wittenburg  
Frak.-Vors. Volt